



# Thurner Wochenblatt.

N. 20

Dienstag, den 6. Februar.

1866

## Landtag.

### Abgeordnetenhaus. 5. Sitzung am 3. d.

Bei Beginn der Sitzung des Abgeordnetenhauses war der Finanzminister, der Kriegsminister und der Justizminister anwesend. Für den von dem Abg. v. Hoyerbeck und 162 Genossen (denen später noch mehrere hinzutreten) in Betreff des Beschlusses der Kriminalsenate des Obertribunals gestellten Antrag beauftragte v. Hoyerbeck Namens der sämtlichen Unterzeichner (die sämtlich Antragsteller sind) die Schlussberatung im Hause. Abg. Stavenhagen befragte wegen der Wichtigkeit der Form des Antrages die Ueberweisung an eine Kommission. Es werde gelingen, eine Form zu finden, welche die Bedenken auch Derjenigen beseitige, die in der Sache einverstanden, mit der Form aber nicht einverstanden seien. Abgeord. Graf Schwerin beantragte Ueberweisung an die Justizkommission. Die Meinungen der liberalen Mitglieder in Betreff des angeblichen Beschlusses des Obertribunals gingen nicht auseinander. Man müsse den Schein der Uebereilung vermeiden. Wenn er recht unterrichtet sei, stehe der Beschluss noch nicht einmal fest. Man hätte sich zunächst im Wege der Interpellation eine authentische Angabe vom Justizminister erbitten müssen. Zu dieser Aeußerung müsse die Kommission dem Justizminister Gelegenheit geben, dann aber die Form finden, in der man die Rechte des Hauses wahre, ohne die Befugnisse des obersten Gerichtshofes anzutasten. Der Justizminister erklärte, daß ihm bis diesen Augenblick eine amtliche Mittheilung über den Beschluss nicht zugegangen, daß er weder Fassung noch Motivierung desselben kenne, daß er also für jetzt an einer eventuellen Diskussion des Antrags nicht theilnehmen könne. Schulze (Berlin): In solcher Frage gelte es rasch und bestimmt zu handeln, da der Antrag präjudiziere für die weiteren Verhandlungen des Hauses sei. Gneist für eine Kommission, die Fassung müsse nochmals und abermals überlegt werden. Eventuell beantragt er, den Justiz-

minister ausdrücklich einzuladen, da er in der Lage sei Auskunft über die Sache vom Obertribunal zu fordern. v. Hoyerbeck: was der Justizminister eine ganze Weile lang sagen werde, habe man heute gehört. Der Beschluss sei unter verschärftem Amtsgeheimniß gefaßt, um so mehr müsse das Haus jeden Schritt in voller Oeffentlichkeit thun. Oesterrath befragte die Verweisung an eine Kommission, Waldeck die Schlussberatung; der Beschluss des Obertribunals werde gar nicht veröffentlicht, er gehe direkt an das Gericht und man werde ihn in der ganzen Session nicht zu sehen bekommen. Die „Prov.-Korr.“ habe ihn ja zugestanden: mache das Haus den Beschluss des Obertribunals noch rückgängig, desto besser. Der Antrag richte sich übrigens auch gegen den Staatsanwalt. (Der Minister v. Bismarck ist eingetreten.) Durch den Angriff auf unser Fundamentallrecht ist unser Mandat nicht erloschen. Wir werden reden mit dem vollen Bewusstsein der Gefahr, die unberechtigt in Aussicht gestellt wird. Vorher aber werden wir erklären, daß jede Anklage unberechtigt und kein Abgeordneter sich ihr stellen wird. Graf Schwerin ist über die Auslegung der Verfassung nicht im Zweifel. Aber der Antrag habe einen zweiten Theil, der in die Befugnisse der Staatsanwälte und Gerichte eingreife; dazu sei das Haus nicht befugt. Birchow: Wenn man zu tief in die Sache einsteige, fürchte er, man werde auf Verhältnisse kommen, die für jedes preussische Herz betrübend seien. Man wisse ja, daß das andere Haus das Ministerium zu diesem Vorgehen provoziert habe. Wenn die Regierung geglaubt habe, durch diesen Beschluss die Abgeordneten in der Unmündigkeit ihrer Reden zu beschränken, so würde sie sich bald überzeugen, daß sie sich geirrt. Man müsse die Sache nicht verschleppen, weil man nicht wisse, wie lange das Haus noch zusammen sei. v. Unruh: es sei gegen die Annahme zu protestiren, daß Beratungen und Beschlüsse des Hauses nur dann mit Ruhe und Besonnenheit stattfinden, wenn vorher eine kleine Kommission geseßen. Immermann: was authentisch feststehen müsse, um den Beschluss zu fassen, stehe fest, es sei, notorisch durch

die „Provinz.-Korr.“ In der Abstimmung wird die Schlussberatung im Hause angenommen, ebenso der Gneist'sche Antrag, den Justizminister zur Anwesenheit im Hause aufzufordern. Zum Referenten bestellt der Präsident den Abgeordneten v. Forkenbeck, zum Korreferenten den Abg. Aßmann. Der Adressantrag des Abg. Reichensperger wurde ebenfalls zur Schlussberatung verwiesen und der Abg. Gneist zum Referenten, der Abg. Waldeck zum Korreferenten bestellt. Ebenso wurde für den Jung'schen Antrag (Freiwilligenangelegenheit) Schlussberatung im Hause beliebt. Ein von Hamacher und Cornely eingebrachter Antrag, welcher die Fusion der Bergisch-Märkischen mit der Aachen-Düsseldorfer Eisenbahn wiederholt zur Sprache bringt, wurde der 10. Kommission überwiesen.

Der Kriegs- und Finanzminister brachten hierauf einen Gesetzentwurf, betr. den außerordentlichen Geldbedarf der Marineverwaltung ein.

Der Finanzminister brachte hierauf die allgemeinen Rechnungen über den Staatshaushalt für 1859—1862 ein, dieselben wurden der Budgetkommission überwiesen. Darauf brachte der Finanzminister einen Gesetzentwurf, betreffend die Ausgabe von Talons zu den Rentenbriefen der paderbornischen und eichsfeldischen Tilgungskasse ein, ferner einen Entwurf betreffend die definitive Untervertheilung der Grundsteuer in den 6 östlichen Provinzen, die bekanntlich in § 8 des Grundsteuergesetzes einem besonderen Gesetz vorbehalten ist.

Der Justizminister brachte einen Gesetzentwurf, betreffend die Herabsetzung und Aufhebung des Gerichtskostenzuschlages von 6 Sgr. pro Thaler; bei nichtstreitigen Sachen soll die Hälfte am 1. Juli d. J. die zweite Hälfte am 1. Juli nächsten Jahres wegfallen bei streitigen Sachen am 1. Juli der beiden folgenden Jahre jedesmal die Hälfte. Das Haus ging hierauf zur Tagesordnung über und zwar zunächst zur Wachsmuth'schen Interpellation. Der Justizminister theilte mit, daß der Kriegsminister bereit sei, die Interpellation in der nächsten Sitzung zu beantworten.

## Der Reformator von Schneidemühl.

(Schluß.)

Bei allem muß jedoch jeder Groschen drei Mal umgedreht werden, ehe er ausgegeben wird, wenn zehn, früher zwölf, Menschen genährt und gekleidet werden sollen. Denn welche Einnahmen hat Czerski?

Die Gemeinde, deren beständiger Prediger er ist, giebt ihm nichts, als die mangelhafte Wohnung und den Garten von etwa einem Drittel Magdeburger Morgen Größe. Außerdem besitzt er neun Morgen Land, welches er mit einem kleinen Lotteriegewinnst bezahlt hat und das ihm fünfzig Thaler Pacht einträgt. Seine Haupteinnahme hat er von seinen Reisen und von den kleinen Opferspenden, welche ihm seine Zuhörer darbringen. Nach Abzug der Unkosten schätzt Czerski den Ueberschuß auf etwa hundert Thlr. jährlich. Erheblich geringer ist die Einnahme aus seinen kleinen Schriften, die er selbst verlegt, andere Einnahmequellen sprudeln ihm nicht. Seine sämtlichen Einkünfte mögen Alles in Allem nicht viel über dreihundert Thaler betragen!

Man wird erstaunt fragen: wie ist es möglich, daß davon zehn oder gar zwölf Menschen leben? — Ja, ein Kunststück ist es, aber es muß gehen. Freilich hat Czerski es dabei noch heute nicht zum Besitz einer Taschenuhr gebracht; einen bescheidenen Pelz hat er sich endlich in seinem vierundfünfzigsten Lebensjahre unter großer Anstrengung angeschafft, weil ohne ihn bei seinen Winterreisen das Aergste für seine Gesundheit zu fürchten war. Als ich einen gemeinsamen Spaziergang vorschlug, mußte die Mutter und eine Tochter zu Hause bleiben, weil eine und dieselbe Capotte

der Reihe nach verschiedene Häupter zu bedecken hatte. Daß die Kleidung eine mehr als bescheidene ist; daß die jüngeren Kinder paarweise ihr Bett theilen; daß die Kartoffel auf der Schüssel herrscht, Butter niemals das Brod verzärt das versteht sich von selbst.

Trotzdem ist das Leben der guten Menschen nicht ohne Genüsse. Es giebt in Schneidemühl einen trefflichen „Verein für gesellige Unterhaltung“, welcher allwärts zum Muster dienen kann. Czerski hat die erste Anregung dazu gegeben. Mitglied ist jeder unbefohlene Mann, welcher jährlich zwei Thaler Beitrag zahlt; Damen haben unentgeltlichen Zutritt. Allwöchentlich giebt es einen Abend Concert, einen volksthümlichen Vortrag über einen rein wissenschaftlichen, einen belletristischen oder einen gemeinnützigen Gegenstand, oder doch eine Vorlesung aus einem guten Buche, hin und wieder auch eine Liebhaber-Bühne und ein einfaches Tanzvergnügen. Man kann sich vorstellen, daß der Verein nicht klein ist und daß Jedermann darin angenehme Unterhaltung findet und überdies noch das Bewußtsein, etwas gelernt zu haben, mit nach Hause nimmt. Es traf sich glücklich, daß ich mit der Familie Czerski einer solchen Versammlung beiwohnen konnte. Ich hatte dabei den in Preußen jetzt leider seltenen Anblick, alle Stände in schönster Eintracht mit einander verkehren zu sehen; Kreisrichter und Kaufleute, Officiere (sogar von der Cavallerie) und Beamte, Handwerker und Ackerbürger, Christen und Juden tummelten sich wohlgenuth durcheinander. Häufig kommt auch der wackere Landrath von Chodziesen herüber, um ein Stück aus Reuter's „Die Kamellen“ oder etwas Aehnliches vorzutragen.

Die beste Unterhaltung aber findet die Familie in ihrer eigenen Mitte. Des Abends sitzen sie oft beisammen, ein gutes Buch wird vorgelesen, während die Frauen mit ihrer Handarbeit beschäftigt sind, dazwischen wird etwas „philosophirt“. Nicht selten kehren auch geistvolle Männer, Berufsgenossen Czerski's, als Gäste in dem einfachen Hause ein; da giebt es dann viel zu erzählen aus der weiten Welt, viel zu verhandeln über manche Gebiete des Geisteslebens und das jüngere Geschlecht lauscht den Berichten über das Ringen der Männer für ihre Ideale.

Am zweiten Abend meines Aufenthalts wurde mir auch ein Familien-Concert gegeben. Zuerst trug die Musiklehrerin einige ausserwählte Stücke auf dem Clavier vor; mehrere Quartett-Stücke, bei welcher Czerski und der Verlobte der älteren Tochter mitwirkten, folgten. So durchleben diese einfachen, guten Menschen Stunden Tage des schönsten, reinsten Glückes ohne Harm und Gewissenspein.

Nur in einer Beziehung muß Czerski seine Armuth beklagen: er kann sich keine Bücher anschaffen. Was er davon besitzt, ist nicht der Erwähnung werth. Ich konnte mich beim Anblick der kleinen Sammlung des Gedankens nicht erwehren, wie schön freisinnige Buchhändler durch Schenkung ihrer Verlagsartikel an ihn ihren Sympathien Ausdruck verleihen könnten.

Am dritten Tage verließ ich den liebenswürdigen und glücklichen Kreis. Den Aufenthalt in ihm zähle ich zu meinen schönsten Erinnerungen; er hat meinen Muth im heißen Kampfe des Lebens neu angefrischt.

Deutsche Blätter.





in Betreff der Bonin'schen Interpellation erfolgte dieselbe Erklärung.

Hierauf ging das Haus zur Berathung der Lauenburgischen Angelegenheit über.

Abg. Reichensperger eröffnete die Reihe der Redner gegen den Antrag der Kommission und begründete, im Wesentlichen mit der Kommission übereinstimmend, ein Amendement dahin, zu erklären, daß die Vereinigung des Herzogthums Lauenburg mit der Krone Preußen zu ihrer verfassungsmäßigen Rechtsbeständigkeit der Genehmigung beider Häuser des Landtags bedürfe. Waldeck erwidert, der Kommissionsantrag muß gegenüber der Thronrede aufrecht erhalten werden, da die Krone durch die Mittel des Staats nicht Länder erwerben könne, die mit den Mitteln des Staats erworbenen Länder erwerbe der Staat. Graf zu Eulenburg: es handle sich nicht um einen Privatwerb der Krone. Was mit Staatsmitteln erworben werde, werde dem Staate erworben; aber von diesem Grundsatz sei in diesem Falle nicht abgewichen, da es sich möglicherweise um eine Personalunion im staatsrechtlichen Sinne, nicht aber um eine Privatdomäne der Krone handle. Das Amendement Reichensperger sei vollkommen unannehmbar.

Ministerpräsident v. Bismarck: Er habe sich gewundert, weshalb die Antragsteller nicht schon voriges Jahr den Antrag gegen den Wiener Friedensvertrag eingebracht hätten, da dieser weit größere Lasten enthalte. Mache man die Besitzergreifung Lauenburgs rückgängig, so erleichtere man dem Staat um keine Last, durch Aufhebung des Wiener Friedens würde der Staat allerdings von vielen Lasten befreit, darum sei aber die Regierung nicht etwa verpflichtet, jenen Vertrag vorzulegen. Artikel 48 habe nur unmittelbar auferlegte Lasten, nicht mittelbar in Aussicht stehende im Sinn. Der Vertrag über Lauenburg sei zwischen Oesterreich, Preußen und Lauenburg zu Recht bestehend und lege dem Staate keine Lasten auf. Wäre der Gasteiner Vertrag vorgelegt, so würde er abgelehnt sein; hätte Se. Maj. sich entschlossen, die Zahlung zu leisten, um die Aufhebung des Gasteiner Vertrags zu hindern, so würde dadurch der Vertrag nicht ungültig geworden sein. Lauenburg ein „Reich“ zu nennen, verstoße gegen den Sprachgebrauch. Die deutsche Reichsverfassung führe von Anfang an den Unterschied zwischen Reich und Land, Reich und Staat durch, ohne eine Erklärung für nötig zu halten. Zur damaligen Zeit sei die preussische Verfassung entstanden, zur Zeit der allgemeinen Begeisterung über das in der Bildung begriffene deutsche Reich sollte der Gesetzgeber ein deutsches Land als ein „fremdes“ hingestellt haben? Se. Maj. herrsche in Lauenburg schon seit dem Wiener Frieden. Bei diesem Besitz König und Staat in Gegensatz zu stellen sei unrichtig, weil der betreffende Artikel der belgischen Verfassung nicht in die preussische aufgenommen sei. Der König habe das Recht, über Eroberungen, die durch die bewaffnete Macht geschehen, zu verfügen. Die Interpretation würde entschieden gegen den Willen der Lauenburger sein, ihnen Gewalt anzuthun, widerspreche den eigenen Prinzipien des Hauses. Der König sei nicht Privatbesitzer von Lauenburg, sondern souveräner Herrscher. Die Personalunion gebe dem Staate mehr Vortheile, als die Erfüllung der Februarbedingungen. Eine Personalunion mit Schleswig-Holstein würde ebenfalls vorteilhafter als die Erfüllung der Februarbedingungen und schon einiger Opfer werth sein. Warum das Haus sich nicht im vorigen Jahre gegen die Personalunion ausgesprochen habe, als er es gebeten, sich über die schleswig-holsteinische Frage auszusprechen? Möge es dies noch jetzt thun, mit Lauenburg sei es zu spät, aber in Bezug auf Schleswig-Holstein sei es noch Zeit. An unausgesprochene Meinungen könne die Regierung sich unmöglich kehren. Hätte der große Kurfürst bei jeder seiner vielen Versammlungen erst die Stände fragen müssen, so wäre es zweifelhaft, ob unser Staat noch die Provinz besitzen würde, nach der er den Namen führt.

(Schluß folgt.)

### Politische Rundschau.

**Schleswig-Holstein.** Die Weise, in der die „Prov.-Corresp.“ die Vorgänge auf der Altonaer Patriotenversammlung bespricht, läßt darauf schließen, daß die Preussische Regierung Beschwerden über die Landesregierung Holsteins in Wien erheben werde. Die Vorgänge ständen im Widerspruch — sagt das offiziöse Blatt — mit den Frieden, welche Oesterreich und Preußen im Wiener Frieden erworben und mit deren Wahrnehmung in Holstein Oesterreich einstweilen betraut worden sei. — Nach anderweitigen Mittheilungen soll Gr. Bismarck, indem er seine Bemerkungen über diesen Vorfall nach Wien adressierte, zugleich eine Anfrage gestellt haben wegen der Entschädigungsbedingungen, von denen Oesterreich früher bei Gelegenheit der preussischen Februarforderungen gesprochen.

In Wien wird die Forderung der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Elbherzogthümer nachdrücklich betont, und man fest jetzt noch hinzu, daß selbst für den Fall, daß das preussische Kabinett sich bereit erklären würde, eine Geldentschädigung zu leisten, Oesterreich die Annexion doch nicht zugeben würde. Die officiösen haben auch den Auftrag erhalten, diese Ansicht die geeignete Verbreitung zu verschaffen, und man wird daher schon in den nächsten Tagen in den verschiedenen deutschen Zeitungen den Satz variirt finden, daß sich Oesterreich weigere, seine Rechte auf die Herzogthümer gegen eine Geldentschädigung an Preußen abzutreten. Was man hier verlangt ist eine Territorial-Entschädigung, denn es gilt der Satz, daß die Machtstellung der beiden deutschen Großstaaten in Folge der Lösung der Her-

zogthümerfrage nicht alterirt werden dürfe, so daß, wenn Preußen in den Besitz der Herzogthümer gelangen würde, Oesterreich einen gleichen Machtzuwachs erhalten müßte. Nur wenn Preußen darauf eingeht, sei eine Verständigung möglich, im andern Falle bleibe Alles so wie es ist.

**Deutschland.** Berlin, den 3. Februar. Nach einem Circular, das der Minister a. D. v. d. Heydt als Vorsitzender des Comite für den Nord-Ostsee-Kanal erlassen, hat die Regierung nun ihre Vorschläge resp. Bedingungen für jenen Bau gestellt. Die Ausführung soll auf Kosten einer in Preußen domicilirten Privat-Actiengesellschaft geschehen, aber von der Regierung selbst übernommen werden, die auch später die Verwaltung führt. Die Linie St. Margarethen-Edernförde wird festgehalten, ein nur auf Staatskosten zu führender Zweigkanal nach der Kieler Bucht event. vorbehalten. Die Kosten sind auf 28,100,000 Thlr. veranschlagt, von denen der Staat 12 Millionen übernimmt, deren Genehmigung beim Landtage beauftragt werden soll. Andere Ost- und Nordseestrecken sollen als Zeichen von Privatactien willkommen sein, erhalten aber keinen Anspruch auf Mitverwaltung. Die Einzahlungen geschehen in Raten von je 10 pCt. und einer Dividende von 4 1/2 pCt. ist als das Minimum angenommen. — Man erzählt, es sei in Berlin eine Commission von streng Conservativen aus allen Provinzen herbeigekommen, mit dieser habe man nach Berichten über die Stimmung im Lande auch über ein neues Wahlgesetz gesprochen, wozu die feudalen Heißsporne dringend gerathen hätten. Von anderer Seite dagegen ist davon abgerathen und eine Reihe von Mitteln angegeben worden, welche an der Hand des jetzigen Wahlgesetzes wirksam zur Anwendung kommen könnten.

Die Versammlung der Meistbetheiligten der preussischen Bank genehmigt eine Erhöhung des Einschlußcapitals um fünf Millionen, sowie eine Abänderung der Bankordnungsparagrafen 18 und 38 wegen des Reservefonds.

Wie die preussischen Zeitungen sich über den Beschluß des Obertribunals aussprechen, dürfen wir wohl kaum sagen. Selbst die vertrauensselige „Spenersche“ gesteht, daß ihr „Vertrauen auf das klare Wort der Verfassung“ (auch ihr schien der Art. 84 „zu deutlich zu reden“) sich als irrig erwiesen. — Die preussischen und der Majorität des jetzigen Abgeordnetenbundes eben nicht sehr geneigte „Weiser-Ztg.“ erklärt, es wäre dies „ein Unikum, welches nicht verstanden wird, in der ganzen civilisirten Welt Aufsehen zu erregen.“ Auf eine Erklärung des Beschlusses verzichtet die „Weiser-Ztg.“. Sie beklagt indeß den Beschluß sehr. „Entziet man — sagt sie — der Tribüne die Redefreiheit, so giebt man ihr die Kunst der Anspielungen. Man nimmt ihr das Schwert und steckt ihr die Giftpflanze zu.“ „Constitutionelle, Demokraten, Feudale, Alle mit einem Worte, welche irgend eine Art von Landesvertretung für wünschenswerth halten, müssen darin übereinstimmen, daß es nothwendig sei, die Vertreter gegen Verfolgungen für ihre amtlichen Äußerungen zu schützen. Ohne solche Sicherheit der Personen fehlt es auch der Sache, welcher Landesvertretungen dienen sollen, an der nöthigsten Sicherheit. Rücksichtslos Darlegung der Wahrheit, freies Aussprechen der Meinungen ist der Zweck aller repräsentativer Institutionen, mögen nun die Vertreter eine entscheidende oder bloß beratende Stimme haben. Die Krone selbst ist am nächsten dabei interessiert, daß eine Stelle im Lande frei bleibe, wo der Monarch Gelegenheit hat, ein unabhängiges Correlat zu den einseitigen Vorträgen seiner Minister zu hören, welche persönlich zu controliren auch der weiseste Herrscher nicht im Stande sein würde.“

München. Die Deputationen der Volksversammlungen sind nicht zu einer Audienz gekommen. Der König befried sich in seinem Bescheid an sie auf die Volksvertretung als das verfassungsmäßige Organ, durch welches das Land zu ihm spreche.

**Oesterreich.** In Ermangelung wichtigerer Dinge ärgern sich die Wiener Blätter über den Austausch der Höflichkeiten, der bei Ueberreichung des Preussischen Ordens an Victor Emanuel stattgefunden. Besonders geistreich oder auch nur ernsthaft wird das Thema nicht behandelt, wie folgender Schluß der „Presse“ lehrt: Der Preussische Gesandte wies in seiner Ansprache an Victor Emanuel auch auf den „Bestand befreundeter Souveräne“ hin. Man wird in unserem Auswärtigen Amte die Demonstration verstehen, welche darin liegt, daß Preußen sich als Protector Italiens erklärt. König Victor Emanuel war in seiner Antwort galant genug, das Prestigium Preußens in Deutschland anzuerkennen, und versicherte, die Freundschaft zwischen Berlin und Florenz verspreche für Deutschland und Italien „eine der beiden großen Nationen würdige Zukunft.“ Die Deutschen Doctrinäre brauchen sich also an patriotischen Problemen nicht weiter abzumühen. Die Deutsche Frage wurde durch Preußen bereits gelöst. Der Deutschen Nation fehlte zu einer würdigen Zukunft nichts mehr, als die Freundschaft des Italienischen Volkes, und dieses hohe Ziel ist nunmehr erreicht. Und das Alles hat ein Vertrag zu Stande gebracht, der die Freizügigkeit der Italienschen Salami und der Westfälischen Schinken gewähleistet. Wenn nur die Trichinen nicht noch ein Unheil stiften!

### Provinzielles.

Aus Ostpreußen, Ende Januar. Der Schaden, welchen die Rotten-Raupe in den Jahren 1855 bis 1858 und späterhin der Borkenkäfer bis 1862 in den Staatsforsten Littauens und Masuriens angerichtet hat, beträgt in den Privatwäldern ca. 950,000 Klafter, in den königlichen Forsten ca. 2,600,000 Klafter.

Die Regierung zu Königsberg macht bekannt, daß wegen des Näherrückens der Rinderpest auch die in Ortelsburg, Reidenburg und Soldau anstehenden Viehmärkte aufgehoben worden sind.

In der letzten Sitzung des landwirthschaftlichen Centralvereins in Königsberg wurde von einem Sachverständigen Auskunft über die rechtlichen Zustände in Polen ertheilt, die zur Auswanderung wahrlich nicht verlocken. U. A. ist die Unsicherheit der dortigen Zahlungsverhältnisse, da man eigene Hypothekenbücher nicht hat und aus den f. g. Grundbüchern die Zahlungsverpflichtung des Käufers nicht mit Sicherheit hervorhebt, sehr groß. Jeder Käufer muß darauf gefaßt sein, bei einem Kauf selbst mit anscheinend günstigen Zahlungsverhältnissen plötzlich das ganze Kaufgeld baar zu entrichten.

Königsberg, d. 31. Jan. Dr. Johann Jacoby erhielt gestern Abend — im Gefängniß — folgendes Telegramm aus Berlin: „Bereinigte Fractionen im Englischen Hause. Dr. Waldeck auf den treuen Genossen, Mittkämpfer und Kollegen Jacoby ein Hoch! Stürmische Einstimmung. Er lebe hoch! Hoppe.“ — In der Sitzung des landw. Fischhändler Vereins am 10. Jan. wurde der Antrag gestellt: Die ostpreuss. landw. Centralstelle möge die Staatsregierung ersuchen die Grundsteuer-Entschädigung der Beteiligten sobald als möglich zugehen zu lassen, da die gegenwärtige Situation der Landwirthe eine Beschleunigung der Regulirung dieser Angelegenheit sehr wünschenswerth mache.

### Lokales

**Kommunales.** Am Montag d. 5. übergab Herr Fabrikant Weg aus Heidelberg die bei ihm von der Kommune bestellte Stadtspritze Nr. 2. Der Uebergabe der Spritze ging eine Probe derselben am Rathhause, wie an der Johannis-Kirche voran, welche die Trefflichkeit der Spritze vollständig erwies. Nähere Details morgen. Die Spritze wurde von den Mitgliedern des Freiwilligen Feuer- Lösch- und Rettungs-Vereins bedient.

**Handwerkerverein.** Am Donnerstag d. 8. d. Vortrag. Näheres morgen.

**Eisenbahn-Angelegenheiten.** Der „Gr. Ges.“ schreibt: Bekanntlich kam vor einiger Zeit aus Thorn die Nachricht, daß das englische Bankhaus Morton Peto, auf welches das ostpreussische Comité für eine Eisenbahn Thorn-Insterburg große Hoffnungen setzte, die Verhandlungen mit diesem Comité vollständig abgebrochen und somit Verzicht geleistet habe, den Bau dieser Bahn zu unternehmen. Aus einer neuerdings veröffentlichten Erklärung des ostpreussischen Comites geht hervor, daß jenes Gerücht nicht begründet war. Das Bankhaus Peto hat vielmehr, so versichern die Herren v. Schrötter und Gisevius, dem Comité ein gemeinschaftliches Vorgehen in der Bahnangelegenheit in nicht allzuferne Aussicht gestellt.

**Pius-Verein.** Ueber die Gründung dieses Vereins in v. Monat haben wir bereits kurz berichtet. Die Anregung zu dem Vereine, welchem nur hiesige unbescholtenen Bewohner katholischer Konfession angehören können, ist vom Herrn Dr. Theol. Borraich, Vicar an der St. Johannis-Kirche, ausgegangen. Nach dem Statut, welches dem Magistrat zugeht, soll der Verein, wie wir vernehmen, in seinen Versammlungen, welche am Montage stattfinden, sich mit Ausschluss aller politischen Fragen vornehmlich mit der Erörterung sozialer Fragen, jedoch vom Standpunkte der röm.-kathol. Kirche aus, beschäftigen wollen. Auch werden Artikel, deren Kenntnissnahme Gewerbetreibenden von Nutzen und Vortheil sein dürfte, mitgeteilt und besprochen werden. Endlich ist die Pflege des geselligen Lebens durch Bälle, Konzerte etc. nicht ausgeschlossen. Anstoß zum Pius-Verein, dem die Sammlung der sogenannten Peterspfennige ganz fern liegt, hat die Thatsache gegeben, daß ein guter Theil der hiesigen Gewerbetreibenden dem „Handwerkervereine“ nicht angehört und angehören kann, weil er der deutschen Sprache soweit nicht mächtig ist, um die daselbst gehaltenen Vorträge, sowie Erörterungen zu verstehen. Der Pius-Verein ist somit auch ein Bildungs-Verein und wünscht wir ihm deshalb das beste Gedeihen, wenn gleich wir die Nothwendigkeit der konfessionellen Abgeschlossenheit nicht zu erkennen und daher auch nicht anzuerkennen vermögen. Ja, wir bekennen, daß uns die Erörterung sozialer Fragen vom Standpunkte der röm.-kathol. Konfession aus, geradezu befremdlich erscheint. Unser Befremden wird sofort als ein berechtigtes erscheinen, wenn wir sagen, daß die Erörterung chemischer, physikalischer, juridischer, geographischer u. a. wissenschaftlicher Fragen vom Standpunkte einer speziellen Konfession keinen Sinn hat. Wissenschaftliche Fragen können nur vom Standpunkte der Wissenschaft aus erörtert und erledigt werden in deren Bereich sie gehören. Die sozialen Fragen sind weder religiöse, noch spezifisch konfessionelle Fragen, sondern gehören der Volkswirtschaft an und können daher auch nur vom Standpunkte dieser Wissenschaft aus erledigt werden, zumal wenn bei ihrer Erörterung in Bezug auf das praktische Leben ein Erfolg herauströmen soll. In der Praxis ist die gedeihliche Lösung sozialer Fragen, nur möglich unter Anerkennung und Durchführung der das wirtschaftliche Leben im Großen, wie im Kleinen beherrschenden Gesetze, welche die Volkswirtschaftslehre erforscht und dargelegt hat.

**Freiwilliger Feuer- Lösch- und Rettungs-Verein.** In der Versammlung desselben, welche auf Einladung des Vorstands am Sonnabend, d. 3. d. 8 Uhr Ab. im Saale des Herrn Hildebrandt statt hatte und der auch viele Personen, welche dem Vereine nicht angehören, bewohnten, hielt Herr Fabrik. Weg aus Heidelberg einen instruktiven Vortrag, in welchem derselbe den Verbrennungs-Prozess erklärte und damit die verschiedenen Weisen des Verfahrens, welche beim Löschen eines Feuers in der Gegenwart eingeschlagen werden und einschlagen sind, des Ausführlichen darlegte und wissenschaftlich begründete. Heute, Montag 8 Uhr Ab., wird Hr. M. in demselben Lokale einen zweiten Vortrag als Fortsetzung des ersten halten, und zwar über Feuer-Lösch-Apparat und die Organisation des Feuerlösch-Korps.



## Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

**— Binsgesetze.** Der Beschluß des Landes-Oekonomie-Collegiums in Betreff einer Abänderung der Binsgesetze ist dahin gegangen: daß es gestattet werden möge, während der Zeit, wo die preussische Bank ihren Discont höher stellt, als den jetzt gesetzlich zulässigen Zinsfuß, auch unter Privatpersonen (Nicht-Kaufleuten) für kurze, höchstens 6 Monat laufende Darlehen einen höheren, jedoch den Discont der Bank niemals übersteigenden Zinsfuß zu vereinbaren. Dabei hat das Collegium auf das Dringende die Beschleunigung der schon so lange verheißenen Reform der Hypothekengesetzgebung befürwortet, indem dasselbe wiederholt darauf aufmerksam gemacht hat, wie unerlässlich die Vereinfachung unseres jetzigen Hypothekensystems sei, damit sich die Capitalien wieder mehr und mehr der Anlegung in Hypotheken zuwenden und der Zinsfuß für diese auf einer mäßigen Höhe bleibt.

**— Ueber den preussisch-russischen Grenzverkehr** wird der „Schl. 3.“ aus Vittauen geschrieben: Von Erleichterungen des Grenzverkehrs ist bis jetzt noch nicht viel zu spüren, und wenn auch die Controle gegen die Reisenden an der russischen Grenze nicht gerade so drückend ist, als beim Uebergang nach Polen, so bestehen doch eine Menge Plackereien, die ganz gut unterbleiben könnten. Die Befugnisse der Grenzbehörden dem Reisenden gegenüber sind immer noch zu wenig scharf begrenzt, und das reisende Publikum ist noch zu sehr den persönlichen Anschauungen, also der Willkür einzelner Beamten ausgesetzt. Was namentlich auf den Verkehr noch sehr störend wirkt, ist der Umstand, daß, während früher nur in dem Grenztrayon bis auf zwei Meilen von der Grenze entfernt eine Revision der Reisenden gesetzlich erlaubt war, jetzt noch in Folge des Kriegszustandes diese Befugnis den betreffenden Behörden überall und ohne jede Beschränkung durch Zeit und Ort zuteilt, was zu mancherlei Plackereien und zu Mißbräuchen der Amtsgewalt führt.

### Wetter- und Temperatur-Notizen

Den 4. Februar. Temp. Wärme — Grad. Luftdruck 27  
Boll 9 Strich Wasserstand 3 Fuß — Zoll  
Den 5. Februar. Temp. Wärme 2 Grad. Luftdruck 27  
Boll 9 Strich. Wasserstand 3 Fuß 1 3/4.

## Briefkasten.

### Verpätet.

**Eingesandt.** Da uns über die letzte Aufführung des „Hans Heiling“ neben der öffentlichen Kritik, auch noch privatim ausgesprochene Urtheile über die Leistungen der Sänger zu Ohren gekommen sind, die neben ihrer Gärte die verheißene Absicht — an der Stirne tragen, den hervorragenden Kräften, die fernere Mitwirkung verleiden zu wollen: so fühlen wir uns nachträglich veranlaßt, im allgemeinen Interesse Folgendes noch auszusprechen.

Jeder Dilettant giebt bei seinen Leistungen das Beste, was ihm geworden, aus vollem Herzen mit bereitester Hingabe an die Kunst; und glücklich ist die Stadt, welche Persönlichkeiten aufzuweisen hat, die, auf bedeutender Höhe stehend, sowohl Aufopferungsfähigkeit für musikalische Bestrebungen an den Tag legen, um nicht nur stets den Mittelpunkt für dieselben zu bilden, sondern auch in uneigennützigster Weise mitzuwirken.

Lassen Sie uns darauf zurückblicken, wie viel erhebende Genüsse der Stadt Thorn schon dadurch zu Theil geworden sind, und wir werden uns dann nicht allein gedungen fühlen, den freundlichen Urhebern derselben unsern vollsten Dank dafür auszusprechen, sondern auch zugleich die ergebene Bitte an sie zu richten: Diese edlen Interessen auch in Zukunft fördern zu wollen.

So weit unsere Wahrnehmungen reichen, vertritt jene rücksichtslose, einseitige Kritik durchaus nicht die öffentliche Meinung. Wer indessen tadeln will, findet dazu immer Gelegenheit und trifft derselbe die hervorragendsten Menschen am allerliebsten.

Wägen doch alle Theilnehmer der Aufführung sich für den kleinsten Tadel durch den Dank der Vielen entschädigt sehen, die Genuß und Erhebung in dem Concerte gefunden haben.

**Eingesandt.** Auf der Bromberger Vorstadt sind seitens der Kommune 4 öffentliche Brunnen eingerichtet, von welchen zur Zeit 3 außer Thätigkeit sind. Leider sind die an den Brunnen interessirenden Bewohner besagter Vorstadt zu nachlässig, um von dem Zustande der Brunnen, welcher namentlich bei einer Feuersbrunst sehr gefährlich werden kann, der Polizeibehörde Anzeige zu machen. Zweckmäßig wäre es daher, wenn die Polizeibehörde den vorstädtischen Nachtwächtern die Anweisung ertheile, sich abendlich von dem Zustande der Brunnen auf den Vorstädten Kenntnis zu verschaffen, um, wenn einer derselben nicht praktikabel, hiervon sofort beim Rapport am Morgen Anzeige zu machen. Auf diesem Wege kann ein solch gefährlicher Mangelstand, wie der beregte, schnell beseitigt werden.

Ein Vorstädter.

## Inserate.

### Bekanntmachung.

Auf der hiesigen Bromberger Vorstadt hat sich am 2. d. Mts. ein toller Hund, welcher, nachdem er einige Hunde gebissen hat, getödtet worden ist, gezeigt.

Unter Bezugnahme auf die im heutigen Wochenblatte abgedruckte Amtsblatts-Verordnung vom 4. Dezember v. J. ordnen wir die Ansetzung resp. Einschließung sämtlicher Hunde in der hiesigen Stadt und deren Vorstädte auf die Dauer von 6 Wochen hiermit an.

Thorn, den 3. Februar 1866.

Der Magistrat, Polizei-Verwaltung.

## Bekanntmachung.

### Nachstehende Amtsblatts-Verordnung

#### 1. Verordnung.

Auf Grund des § 11 des Gesetzes vom 11. März 1850 über die Polizei-Verwaltung und unter Bezugnahme auf unsere Amtsblatts-Bekanntmachung vom 25. Juli 1837 wegen der Tollwuth der Hunde, verordnen wir hiermit wie folgt:

#### § 1.

Sobald sich an einem Orte ein toller oder der Tollwuth verdächtiger Hund gezeigt hat, müssen sofort alle Hunde ohne Ausnahme in einem Umkreise von einer halben Meile und auf die Dauer von 6 Wochen eingesperrt oder an die Kette gelegt werden.

#### § 2.

Wer es unterläßt, der vorstehenden Anordnung nachzukommen, verfällt in eine Strafe bis zu fünf Thalern oder in verhältnismäßige Gefängnißstrafe.

Marienwerder, den 4. Dezember 1865.

### Königliche Regierung,

#### Abtheilung des Innern.

#### und 2. Verfügungen.

Dem Magistrat eröffnen wir auf den Bericht und die Anfrage vom 8. d. Mts. die tollen Hunde betreffend, daß unsere Polizei-Verordnung vom 4. Decbr. genau dieselben Bestimmungen enthält, wie unsere Amtsblatts-Bekanntmachung vom 25. Juli 1837 und nur dahin ergänzt und vervollständigt ist, daß wir eine Strafbestimmung die in der älteren Verordnung fehlte, hinzugefügt haben. Wir finden keine hinreichende Veranlassung, gerade für die Stadt Thorn eine Milderung der Polizei-Verordnung vom 4. v. Mts. eintreten zu lassen, und muß es auffallen, daß der Magistrat, nachdem die Bestimmungen der Amtsblatts-Bekanntmachung vom 25. Juli 1837 seit beinahe 30 Jahren in Geltung gewesen, jetzt für Thorn eine Milderung derselben in Anspruch nimmt.

Marienwerder, den 18. Januar 1866.

### Königliche Regierung,

#### Abtheilung des Innern.

werden hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Thorn, den 3. Februar 1866.

Der Magistrat, Polizei-Verwaltung.

## Bekanntmachung.

Von der Behufs Deckung der Bau- und Einrichtungs-Kosten der städtischen Gasanstalt mit Allerhöchster Königlich-Genehmigung im Jahre 1859 ausgefertigten 80,000 Thaler 5 procentiger Thorer Stadt-Obligationen sind Ende 1865 wieder eingelöst . . . . . 1,200 Thlr. und heute zu Rathhause in Gegenwart der Mitglieder des städtischen Rassen-Curatoriums öffentlich verbrannt worden.

Bis ult. 1864 waren bereits vernichtet . . . . . 4,800 Thlr.

es sind mithin überhaupt eingelöst und vernichtet . . . . . 6,000 Thlr.

was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Thorn, den 29. Januar 1866.

Der Magistrat.

## Bekanntmachung.

Am 10. Februar cr.

Vormittags 11 Uhr

sollen auf dem hiesigen Rathhause 3 Pferde öffentlich meistbietend verkauft werden.

Thorn, den 23. Januar 1866.

### Königliches Kreis-Gericht.

#### 1. Abtheilung.

Kommissarius für Bagatel-Sachen.



Am Montag den 29. v. Mts. verunglückte unser lieber Gatte und Vater der Bäckermeister

August Weickert

hier im 59. Lebensjahre, was wir tiefbetrübt Verwandten und Freunden anzeigen

Thorn, den 5. Februar 1866.

die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet heute Dienstag den 6. Februar Nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

## Wähler-Versammlung.

Am 29. Januar d. J. hat das Königl. Obertribunal zu Berlin, entgegen allen früheren Beschlüssen der preussischen Gerichte und des Königl. Obertribunals selbst es für zulässig erklärt, daß die Abgeordneten des Volkes, trotz Artikel 84 der Verfassungs-Urkunde, wegen ihrer im Abgeordnetenhaus gehaltenen Reden gerichtlich verfolgt werden.

Zur Besprechung über diesen tief in unsere Verfassungszustände eingreifenden und die unumgänglich nothwendige Unverletzlichkeit der Volksvertretung bei Ausübung ihres Berufes aufhebenden Beschluß des Königl. Obertribunals laden wir die Wähler des Thorer Wahlkreises zu **Mittwoch, den 7. Februar Abends 8 Uhr in den Saal des Artushofes** hiermit ein.

Thorn, den 4. Februar 1866.

Bartlewski. Behrensodrf. Engelhard. Gall. Gieldzinski. Heins. Heuer. Lambeck. Landecker. C. Mallon. B. Meyer. N. Neumann. Orth. G. Prowe. Preuss. Rob. Schwartz. H. Schwartz. E. Schwartz. Schmiedeberg. Tage. R. Weese. Werner.

Für die liebevolle Theilnahme bei der Beerdigung unserer geliebten Tochter, Schwester und Nichte Emma Leetz sagen ihren tiefgefühlten Dank,

Kiefern Bauholz, Stangen und Bretter in verschiedenen Dimensionen, Eichen und Kistern, stehend und geschnitten zu Schirr und Nutzholz, Pappeln geschnittene Bretter und Träbholz, zur Wegepflanzung, Sekweiden und Obstabäume, Weiden-Faschinen zu Zäunen und alle Sorten trockenes Kiefern Brennholz verkauft täglich

Przywieł, den 5. Februar 1866.

A. Cohnfeld.

## Privatunterricht.

Eine geprüfte Lehrerin, die schon mehrere Jahre unterrichtet, ertheilt Unterricht in der Musik, dem Französischen, Englischen und allen andern Schulwissenschaften. Näheres Culmerstraße Nr. 319.

Heute Abend

frische Grühwurst bei Harder. Brückenstraße.

Für 5 Sgr. vorrätig in der Buchhandlung von Ernst Lambeck in Thorn:  
**Keine Zahnschmerzen mehr!**  
Entdeckung eines sichern Mittels sich derselben binnen 5 Minuten auf immer zu entledigen.

Ein verg. Sbd. beim Ball im Artush. ver-  
tauschter schw. Hut bef. sich Altst. 186 bei Müller.

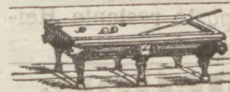
In einer achtbaren Beamten-Familie finden Pensionäre freundl. Aufnahme. Näheres in der Exped. d. Blattes.

Heute 6 Uhr Abends

frische Grühwurst

Rudolph, Breitestr. 459.

bei



Ein Billard wird sofort zu kaufen gewünscht. Näheres in der Conditorei von C. F. Zietemann.

Eine neue Sendung bester Qualität Parafin- und Stearinkerzen erhielt und verkauft von heute  
**Tertia à 5 1/2 Sgr., Secunda à 7 Sgr., Prima à 8 Sgr., pro Pack. Auf Secunda und Prima gebe bei Abnahme à 25 Pack 5% und à 50 Pack 10% Rabatt.**  
**Wolff H. Kalischer.**

Von den rühmlichst bekannten approbirten Rennpennig'schen Hühneraugenpflasterchen aus Halle hält à Stück mit Gebrauchsanweisung 1 Sgr. à Dtzd. 10 Sgr. stets auf Lager **Benno Richter** in Thorn.



